

## Inhaltsverzeichnis

<b>A. Private Strafanzeigen und polizeiliche Reaktion: Recht, Rechtswirklichkeit und kriminologische Bedeutung .....</b>	<b>11</b>
1. Private Strafanzeigen und polizeiliche Reaktion als soziales Phänomen .....	11
2. Die rechtlichen Regelungen der privaten Strafanzeige und polizeilichen Reaktion .....	12
3. Die Rechtswirklichkeit der privaten Strafanzeige und der polizeilichen Reaktion .....	14
4. Die kriminologische Bedeutung der privaten Strafanzeige und der polizeilichen Reaktion .....	16
4.1 Strafanzeige als Reaktion auf Verbrechen und Mittel der privaten Verbrechenkontrolle .....	17
4.2 Strafanzeige als Determinante der registrierten Kriminalität und ihrer Struktur .....	19
4.3 Strafanzeige und kriminaltheoretische Überlegungen .....	21
<b>B. Private Strafanzeige und polizeiliche Reaktion in der Kriminologie ..</b>	<b>23</b>
1. Der gegenwärtige Diskussionsstand .....	23
2. Private Strafanzeige und polizeiliche Reaktion in der deutschsprachigen Kriminologie .....	24
2.1 Private Strafanzeige und polizeiliche Reaktion als Problem der Verbrechenkontrolle .....	25
2.11 Die Bedeutung für die Dunkelfelddiskussion .....	25
2.12 Die Behandlung in Dissertationen bis 1970 .....	28
2.13 Einzelne wichtige Arbeiten .....	28
2.2 Private Strafanzeige und polizeiliche Reaktion als Problem der Selektion der Polizei .....	40
3. Private Strafanzeige und polizeiliche Reaktion in der Kriminologie des Auslandes .....	47
3.1 Private Strafanzeige und polizeiliche Reaktion als Problem der Verbrechenkontrolle Privater .....	48
3.2 Private Strafanzeige und polizeiliche Reaktion als Problem der Selektion der Polizei .....	52
4. Zusammenfassung der Ergebnisse, kritische Würdigung und Schlußfolgerungen für die weitere kriminologische Forschung .....	56

4.1 Zusammenfassung der Ergebnisse .....	56
4.2 Kritische Würdigung .....	57
4.3 Schlußfolgerungen für die weitere kriminologische Forschung .....	58
<b>C. Die eigene Untersuchung .....</b>	<b>60</b>
1. Ziel und Gegenstand der Untersuchung .....	61
2. Grundlegende Hypothesen der Untersuchung .....	61
2.1 Die Verbrechenskontrolle durch die Bevölkerung .....	61
2.11 Die sozialen Grundlagen der Verbrechenskontrolle Privater .....	61
2.12 Die Strafanzeige als Mittel der privaten Verbrechenskontrolle .....	61
2.13 Einschätzung und Inanspruchnahme der Polizei im Zusammenhang mit privater Verbrechenskontrolle .....	62
2.2 Der Anzeigerstatter: Sozialer Status und Anzeigemotivation .....	62
2.3 Die Reaktion der Polizei auf private Strafanzeigen .....	63
2.4 Interaktion zwischen Bürger und Polizei: Der Ablauf des Anzeigevorgangs .....	63
3. Durchführung der Untersuchung .....	63
3.1 Methode .....	63
3.2 Auswahl und Zusammensetzung der Stichprobe .....	64
3.21 Teilnehmende Beobachtung .....	64
3.22 Befragung .....	65
3.3 Die Repräsentativität der Ergebnisse .....	69
3.31 Teilnehmende Beobachtung .....	69
3.32 Befragung .....	71
3.4 Die Gültigkeit der Ergebnisse .....	71
3.41 Teilnehmende Beobachtung .....	71
3.42 Befragung .....	75
3.5 Die Auswertung der Untersuchung .....	75
<b>D. Die Ergebnisse der Untersuchung .....</b>	<b>76</b>
1. Die Darstellung der erhobenen Daten .....	76
2. Die Verbrechenskontrolle durch die Bevölkerung .....	77
2.1 Die sozialen Grundlagen der Verbrechenskontrolle Privater ..	77
2.11 Die Perzeption der Kriminalität als eines sozialen Problems .....	78
2.12 Die verbalisierte Reaktion auf Kriminalität .....	87
2.2 Die Strafanzeige als Mittel der privaten Verbrechenskontrolle ..	94
2.21 Strafanzeige als Mittel zur Lösung sozialer Konflikte ....	95

2.22	Einstellung der Bevölkerung zum eigenen Anzeigeverhalten .....	98
2.23	Der erwartete Erfolg der Strafanzeige .....	100
2.231	Der Erfolg generell .....	100
2.232	Der Erfolg hinsichtlich der Täterermittlung .....	104
2.24	Die Nennung von Verdächtigen bei Strafanzeigen .....	105
2.3	Die Einschätzung und Inanspruchnahme der Polizei im Zusammenhang mit privater Verbrechenskontrolle .....	106
2.31	Die allgemeine Einschätzung der Polizei und ihrer Tätigkeit .....	107
2.32	Die bei der Strafanzeige vermutete selektive polizeiliche Verfolgungspraxis .....	119
2.33	Die Inanspruchnahme polizeilicher Dienste .....	124
2.34	Die erneute Inanspruchnahme polizeilicher Dienste .....	136
2.35	Private Kontakte mit der Polizei .....	141
3.	Der Anzeigeerstatter: Sozialer Status und Anzeigemotivation .....	144
3.1	Der soziale Status des Anzeigeerstatters .....	144
3.2	Die Motive des Anzeigeerstatters .....	149
4.	Die Reaktion der Polizei auf private Strafanzeigen .....	158
4.1	Deliktspezifische Verfolgungsintensität der Polizei .....	158
4.2	Die Bagatellisierung des angezeigten Sachverhaltes .....	162
5.	Interaktion zwischen Bürger und Polizei: der Ablauf des Anzeigevorganges .....	164
5.1	Determinanten des formellen und inhaltlichen Ablaufs des Anzeigevorganges .....	164
5.2	Der formelle Ablauf des Anzeigevorganges .....	165
5.21	Allgemeine Ergebnisse zum formellen Ablauf des Anzeigevorganges .....	165
5.22	Der einzelne Polizist, sein Dienstrang, seine Dienstzeit und Dienstschrift .....	167
5.23	Der Anzeigeerstatter: Geschlecht, Alter, sozialer Status und Erscheinungsbild .....	176
5.24	Der angezeigte Sachverhalt .....	188
5.25	Zusammenfassung der Ergebnisse .....	201
5.3	Der inhaltliche Ablauf des Anzeigevorganges .....	205
5.31	Allgemeine Daten zum inhaltlichen Ablauf des Anzeigevorganges .....	205
5.32	Der einzelne Polizist, sein Dienstgrad, seine Dienstzeit und Dienstschrift .....	208
5.33	Der Anzeigeerstatter: Geschlecht, Alter, sozialer Status und Erscheinungsbild .....	211
5.34	Der angezeigte Sachverhalt .....	215
5.35	Zusammenfassung der Ergebnisse .....	225

<b>E. Kritische Zusammenfassung</b> .....	231
1. Die Untersuchung .....	231
1.1 Ziel der Untersuchung .....	231
1.2 Durchführung der Untersuchung .....	231
1.3 Ergebnisse der Untersuchung .....	232
1.31 Die Verbrechenskontrolle durch die Bevölkerung .....	232
1.32 Die Strafanzeige als Mittel der privaten Verbrechenskontrolle .....	233
1.33 Einschätzung und Inanspruchnahme der Polizei im Zusammenhang mit privater Verbrechenskontrolle .....	234
1.34 Der Anzeigeerstatter: Sozialer Status und Anzeigemotivation .....	235
1.35 Die Reaktion der Polizei auf private Strafanzeigen .....	236
1.36 Interaktion zwischen Bürger und Polizei: der Ablauf des Anzeigevorgangs .....	237
2. Kriminologische Würdigung .....	240
3. Kriminalpolitische Schlußfolgerungen .....	244
<b>F. Summary</b> .....	250
1. The Research .....	250
1.1 Aims of the Research .....	250
1.2 The Carrying-out of the Research .....	250
1.3 Results of Research .....	251
1.31 Crime-control among the Population .....	251
1.32 The Complaint as a Form of Private Crime-Control ....	251
1.33 Judgements about the Police Contacts, and Their Relation to Private and Police-initiated Crime-Control .....	253
1.34 The Complainant: Social Status and Motivation for Complaint-laying .....	254
1.35 Police Reaction to Private Complaints .....	255
1.36 Interaction between the Citizen and the Police: The Course of Events in Laying a Complaint .....	256
2. Criminological Appreciation .....	259
<b>G. Anhang</b> .....	264
<b>H. Literaturverzeichnis</b> .....	305
<b>Sachwortverzeichnis</b> .....	324

## **A. Private Strafanzeigen und polizeiliche Reaktion: Recht, Rechtswirklichkeit und kriminologische Bedeutung**

### **1. Private Strafanzeigen und polizeiliche Reaktion als soziales Phänomen**

Der Zusammenhang zwischen privater Strafanzeige und polizeilicher Reaktion hierauf hat bisher in Strafrecht und Kriminologie<sup>1</sup> verhältnismäßig wenig Beachtung gefunden. Dies ist nur auf den ersten Blick nicht verwunderlich, zeigt doch schon eine oberflächliche Analyse des Strafverfahrens, daß die bisherige Unterschätzung der Strafanzeige sachlich nicht zu begründen ist<sup>2</sup>. Man kann davon ausgehen, daß Strafanzeige und polizeiliche Reaktion nicht problematisiert wurden, weil hierin häufig zu einfache Sachverhalte, die einer näheren Untersuchung nicht bedürftig erschienen, gesehen wurden. Zwar läßt sich die Strafanzeige auch als schlichtes tatsächliches Geschehen, das ein Strafverfahren einleitet, begreifen, doch ist diese Sichtweise nicht gerechtfertigt. Schon das Alltagswissen sagt uns, daß die Verhältnisse so einfach nicht liegen können. Seit langem ist bekannt<sup>3</sup>, daß vielen privaten Strafanzeigen Überlegungen vorausgehen, ob sie überhaupt erstattet werden sollten. Wir wissen auch, daß eine Strafanzeige nicht immer dann schon erfolgreich ist, wenn einem Polizisten der Verdacht einer Straftat mitgeteilt wird. Der Polizist entscheidet vielmehr darüber, ob er überhaupt Maßnahmen ergreifen oder ob er den Antrag auf Verfolgung der Strafanzeige ablehnen muß. Schon dieser kurze Hinweis mag verdeutlichen, daß sich hinter einer Strafanzeige nicht nur ein juristisches Verfahrenproblem verbirgt<sup>4</sup>.

Die Strafanzeige hat vor allem auch soziale Bedeutung; sie ist als rechtliche, kriminologische und soziale Erscheinung zu verstehen. Darüber hinaus ist sie ein Geschehen, bei dem im Zusammenwirken zwi-

---

<sup>1</sup> Es ist bezeichnend, daß von den neuesten Lehrbüchern nur *Kaiser* 1973, S. 70 f. und *Brauneck* 1970, S. 42 f. auf die kriminologische Relevanz der Strafanzeige näher eingehen.

<sup>2</sup> Vgl. hierzu etwa *Kerner* 1973, S. 27 ff.; *Kaiser* 1972 a, S. 27 f.; für die USA kommt *Black* 1970, S. 747, zu einem ähnlichen Ergebnis.

<sup>3</sup> Vgl. dazu etwa die Ausführungen von *Hoegel* 1911/12, S. 657 - 665; *Hurwicz* 1914/15, S. 284 - 295.

<sup>4</sup> Vgl. zu dieser „neuen“ Sichtweise vor allem *Brusten* 1971, S. 248 - 259; *Kerner* 1973, S. 27 ff.; *Kaiser* 1972 a, S. 80 f.

schen Anzeigerstatter und Polizei versucht wird, die soziale Wirklichkeit zu rekonstruieren und ihr rechtlich und sozial bedeutsame Konturen zu geben. Daß dies nur im Rahmen der Rechtsordnung geschehen kann, ist zunächst von sekundärer Bedeutung. In erster Linie geht es um ein soziales Geschehen, dessen Ausgangspunkt eine Straftat bildet. Die Aufarbeitung dieser Situation steht im Vordergrund. Da dies lange verkannt wurde, weil man die soziale Komponente der Strafanzeige übersah, konnte sie als formales, auch rechtlich relativ bedeutungsloses Geschehen eingestuft werden. Die Relevanz der Interaktion zwischen Anzeigerstatter und Polizei liegt nicht in der Ausfüllung formaler Positionen für ein späteres Strafverfahren. Entscheidend ist auch nicht, ob der vom Gesetz normierte Ablauf „richtig“ vor sich geht, sondern welche soziale Bedeutung dem Geschehen zukommt. Die soziale Wirklichkeit der Strafanzeige ist bestimmend, nicht ihr formaler Ablauf. So gesehen sind selbst für das menschliche Zusammenleben Strafanzeige und polizeiliche Reaktion von ausschlaggebender Bedeutsamkeit: hier werden die Weichen gestellt für die Erfüllung einer der Grundaufgaben des Strafrechts: die Sicherung des sozialen Friedens<sup>5</sup>.

## 2. Die rechtlichen Regelungen der privaten Strafanzeige und polizeilichen Reaktion

Die Strafprozeßordnung (StPO) behandelt die Strafanzeige eher beiläufig. Sie wird weniger als formales Erfordernis für die Einleitung eines Strafverfahrens gesehen, sondern als tatsächliches Geschehen gewertet<sup>6</sup>, aufgrund dessen die Strafverfolgungsbehörden — also auch die Polizei — wegen des herrschenden Legalitätsprinzips (§§ 152, 163 StPO) verpflichtet sind, Nachforschungen über das Vorliegen eines strafbaren Sachverhaltes anzustellen<sup>7</sup>. Die verfahrensrechtlichen Grundlagen für Strafanzeigen sind in § 158 StPO enthalten.

„Die Anzeige einer Straftat und der Strafantrag können bei der Staatsanwaltschaft, den Behörden und Beamten des Polizeidienstes und den Amtsgerichten mündlich oder schriftlich angebracht werden. Die mündliche Anzeige ist zu beurkunden. Bei Straftaten, deren Verfolgung nur auf Antrag

<sup>5</sup> Zum Selbstverständnis der Funktion des Strafrechts vgl. etwa *Baumann* 1975, S. 7 ff.; *Bockelmann* 1973, S. 1 ff.; *Jescheck* 1972, S. 1 f.; *Maurach* 1971, S. 32 f.; *Blei* 1977, S. 4 ff.; *Schmidhäuser* 1975, S. 6 ff.; *Stratenwerth* 1971, S. 14 ff.; *Welzel* 1966, S. 1 ff.; *Wessels* 1974, S. 1 f.

<sup>6</sup> Vgl. dazu *Kleinknecht* 1975, S. 157 Anm. 1 A; *Kern / Roxin* 1975, S. 186; *Henkel* 1968, S. 299; *Müller-Sax* 1966, § 158 Anm. 1 a; *Schmidt* 1967, § 158 Randn. 1 und 2; *Löwe-Rosenberg* 1971, § 158 Anm. 1 (*Kohlhaas*); *Peters* 1966, S. 458 f.

<sup>7</sup> Vgl. *Peters* 1966, S. 460; *Löwe-Rosenberg* 1971, § 158 Anm. 1 (*Kohlhaas*); *Schmidt* 1967, § 158 Randn. 2; *Müller-Sax* 1966, § 158 Anm. 1 a; *Henkel* 1968, S. 298; *Kern / Roxin* 1975, S. 185.

eintritt, muß der Antrag bei einem Gericht oder der Staatsanwaltschaft schriftlich oder zu Protokoll, bei einer anderen Behörde schriftlich angebracht werden“ (§ 158 Absatz 1 und 2 StPO)<sup>8</sup>.

Dem *Recht* des Bürgers, eine Strafanzeige bei Vorliegen eines Verdachtes einer Straftat zu erstatten, steht seitens der Polizei die *Pflicht* gegenüber, diese Strafanzeige zu beurkunden und Ermittlungen über den Sachverhalt durchzuführen, wenn ausreichende Anhaltspunkte dafür vorliegen, daß eine Straftat tatsächlich begangen wurde<sup>9</sup>. Berichtet also jemand einem Polizisten von einer Straftat, so hat dieser zu prüfen, ob der geäußerte *Verdacht* substantiell vorgetragen ist. Andere Überlegungen dürfen für seine Entscheidungen keine Rolle spielen. Die rechtlich zulässige Behandlung von Strafanzeigen Privater besteht somit allein darin, festzustellen, ob ein substantiierter Verdacht besteht, nicht aber eine Ermessensentscheidung darüber zu treffen, ob die Straftat verfolgungswürdig ist<sup>10</sup>. Für die Pflicht zur Beurkundung und Weiterbearbeitung einer Strafanzeige ist es ohne Bedeutung, ob ein Strafantrag gestellt ist bzw. wird oder nicht (§ 158 Abs. 2 StPO), wenn nur die Möglichkeit besteht, daß ein solcher Antrag noch gestellt werden kann, also vor allem dann, wenn die Antragsfrist noch nicht abgelaufen ist<sup>11</sup>. Die Rechtslage bei *Antragsdelikten* ist für die Beurteilung der praktischen Polizeiarbeit von besonderer Bedeutung, weil offensichtlich (wie auch die Ergebnisse der eigenen Untersuchung zeigen) diese Verfahrensweise nicht immer eingehalten wird. Die Entscheidung darüber, ob ein öffentliches Interesse an der Verfolgung einer Straftat gegeben ist, steht allein der *Staatsanwaltschaft* zu, *nicht* aber der *Polizei*<sup>12</sup>. Dies kann nach geltendem Recht nicht zweifelhaft sein. Auch die Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren weisen ausdrücklich daraufhin.

„Nur der Staatsanwalt kann den Anzeigenden auf die Privatklage verweisen. Die Polizeibeamten dürfen es nicht ablehnen, eine Anzeige entgegenzunehmen oder sie an den Staatsanwalt weiterzuleiten; sie dürfen aber den Anzeigenden darüber aufklären, daß die öffentliche Klage nur erhoben wird, wenn der Staatsanwalt ein öffentliches Interesse an der Strafverfolgung bejaht. Besteht nach der Ansicht des Polizeibeamten kein öffentliches Interesse an der Strafverfolgung, so wird er keine Ermittlungen vornehmen, sondern die Anzeige dem Staatsanwalt vorlegen“ (Nr. 77 der RiStBV vom 1. 12. 1970).

<sup>8</sup> Zur Zeit der Untersuchung galt § 158 StPO a. F., der sich inhaltlich aber nicht von der Neufassung unterscheidet, sondern lediglich redaktionell geändert wurde.

<sup>9</sup> Dies ergibt sich eindeutig aus der Gesetzesbestimmung; vgl. etwa *Müller-Sax* 1966, § 158 Anm. 1 a.

<sup>10</sup> Unstreitig; vgl. etwa *Henkel* 1968, S. 298.

<sup>11</sup> Vgl. *Müller-Sax* 1966, § 158 Anm. 3 c.

<sup>12</sup> Unstreitig; vgl. auch Nr. 77 der RiStBV vom 1. 12. 1970.